## Rede Peer Steinbrück auf dem Sparkassentag am 24.04.2013 in Dresden

Rede Peer Steinbrück auf dem Sparkassentag am 24.04.2013 in Dresden<br /><br />Es gilt das gesprochene Wort <br /> <br />Lassen Sie mich mit der Geschichte zweier Banken beginnen. Zweier Banken mit großem Namen und langer Tradition. Die erste Bank wurde gegründet, um auch einfachen Bürgern aus der Region zu ermöglichen, ihr Geld anzusparen. Die Bank, nennen wir sie einmal Sparkasse, sammelte die Einlagen der Sparer und vergab aus diesem Berg an Geld Kredite. Das Profitinteresse spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle. Ziel waren Dienstleistungen für die Gesellschaft.<br />Im Gegensatz dazu stand bei der zweiten Bank, nennen wir sie Investmentbank, von Beginn an der Profit im Vordergrund. Hervorgegangen aus unternehmerischer Tätigkeit im Montanbereich, nahm sie alsbald im internationalen Handels¬geschäft eine herausragende Rolle ein und spielte als bevorzugter Staatsfinanzierer auf der Welt¬bühne mit. Bis ein mehrfacher Staatsbankrott die Bank ins Verderben stürzte.<br />Sie sehen: schon früher gab es Banken mit unter¬schiedlichen Geschäftsmodellen, unterschiedlichen Risiken, unterschiedlichen Zielen und unter¬schiedlicher Lebensdauer.<br />Bevor sich jetzt Ihre Aufmerksamkeit im Rätsel¬raten um die Identität der beiden Banken verliert: Die "Investmentbank" ist das historische Bank¬haus Fugger, wie viele von Ihnen sicher schon erkannt haben. 1486 zum ersten Mal vom Augsburger Rat als Bank bezeichnet, 1647 zum letzen Mal urkundlich erwähnt und erst drei¬hundert Jahre später als Fürst Fugger Privatbank wieder neu gegründet.<br />Die "Sparkasse" ist die Monte dei Paschi di Siena. Sie war eine der ersten Banken überhaupt, wurde 1472 in Siena gegründet und besteht bis heute. <br />Würde diese Geschichte schon 2007 enden, wäre es eine Erzählung über tüchtige, bodenständige Sparkassen und renditehungrige, riskante Investmentbanken. Leider hat sich die Sparkasse der Geschichte, die Monte dei Paschi di Siena, in letzter Zeit deutlich vom ursprünglichen Geschäftsmodell entfernt. Ein überambitionierter Wachstumskurs und riskante Derivategeschäfte mit Verlusten von mehreren hundert Millionen Euro bedrohen die Existenz des Instituts. Und die Moral von der Geschicht: Schuster bleib bei deinen Leisten!<br />Eine Lektion, die neben der Monte dei Paschi di Siena auch viele andere Banken lernen mussten. Die Finanzkrise hat den Mythos der selbst¬ernannten Meister des Universums entzaubert. Die Buchstabensuppe aus ABS, ABCP, CDO und SIV ist als toxische Brühe im Ausguss gelandet. Zwischen 2007 und 2011 erlitten die größten europäischen Banken laut einer Studie der Boston Consulting Group einen ökonomischen Verlust von rund 500 Milliarden Euro. <br />Nicht nur die Banken, auch die Staaten wurden belastet. Allein zwischen 2008 und 2010 mussten die europäischen Regierungen 1,6 Billionen Euro für die Rettung des Finanzsektors aufbringen. Von weiteren Belastungen im Zuge der Eurokrise ganz zu schweigen. <br />Zu Beginn der Krise setzten die Staats- und Regierungschefs der G20 ein Zeichen gegen die Intransparenz der Finanzmärkte und den Vertrauensverlust: Kein Markt, kein Akteur und kein Produkt soll in Zukunft unreguliert bleiben. Doch trotz vielfacher Anstrengungen auf inter¬nationaler Ebene haben wir dieses Ziel lange nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Verunsicherung der Bürger und der Finanzmärkte wächst. Ebenso wächst die Verärgerung über eine Politik, die sich ihrer Verantwortung nicht stellt. <br />Im September letzten Jahres habe ich meine Vor¬schläge zur Regulierung der Finanzmärkte vorgestellt. Das Echo war groß - fast so groß wie meine spätere Einlassung über die Relation der Gehälter von Bundeskanzlern und Sparkassen-Vorständen und ihrer jeweiligen Verantwortung. Der ich aller¬dings aus nachvollziehbaren Gründen nichts zufügen möchte. Außer, dass es natürlich nicht in meiner Absicht lag oder liegt, jemanden von Ihnen zu verletzen. Im Gegenteil: Wie Sie wissen, schätze ich den Sparkassensektor als eine der wesentlichen stabilisierenden Säulen in unserem Finanzsystem nicht erst seit den Banken-turbulenzen in der Krise. Machen Sie weiter so, wir brauchen Sie!<br />Doch zurück zu meinen substanziellen Vor¬schlägen. Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die meine Einladung zu einem konstruktiven Dialog zur Regulierung der Finanzmärkte angenommen haben. Wir haben noch viel vor uns.<br />Die Aufgabe der Politik besteht darin, dem Finanzsektor ein stabiles Rahmenwerk zu geben. Und die Aufgabe des Finanzsektors besteht darin, einen Kulturwandel anzustoßen - vor allem bei denen, die für die Exzesse der Krise verantwortlich waren. Wir brauchen eine Kultur der ehrbaren Bankkaufleute.<br />Für die Politik sehe ich vor allem in fünf Gebieten Handlungsbedarf:<br />1. mehr Prävention durch mehr und besseres Eigenkapital und eine solide Liquiditätsausstattung - als Stichworte nenne ich Basel III und CRD IV.<br />2. die Etablierung einer Bankenunion. Eine Bankenunion mit einer qualitativ und quantitativ gestärkten Bankenaufsicht auf nationaler und europäischer Ebene, ein europäisches Abwicklungsregime, eine europäische Abwicklungsbehörde und einen bankenfinanzierten Restruk¬turierungsfonds. Verluste müssen in Zukunft zuallererst von Eigentümern und Gläubigern getragen werden!<br />3. das Too-big-to-Fail Problem. Wir müssen das Erpressungspotenzial verringern, das von systemrelevanten Banken ausgeht. Wir müssen das Einlagengeschäft klar vom Handels¬geschäft trennen und damit den Eigen-handel deutlich einschränken.<br />4. der Schattenbankensektor. Zunehmend werden Bankgeschäfte in Schatten-banken ausgelagert, die keiner oder nur einer geringen Aufsicht unterliegen. In Zukunft muss der Grundsatz gelten: Gleiche Regulierung bei gleichem Geschäft.<br />5. die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise durch eine Finanztransaktionssteuer. Hier wurde in letzter Zeit die Verunsicherung bei den Bürgern geschürt. Lassen Sie es mich noch einmal klar sagen: Eine Finanztransaktionssteuer belastet vor allem spekulative Geschäfte. Normale Bankgeschäfte werden zum größten Teil gar nicht belastet und wenn überhaupt dann nur in sehr geringem Umfang.<br />Ich will noch näher auf die europäische Banken¬union eingehen. Mit Beginn der Währungsunion kam es zu einer beispiellosen Integration der europäischen Finanzmärkte. Nahezu ungehindert konnte das Kapital zwischen den Mitgliedsstaaten fließen. Nur die Aufsicht blieb national. So kochte jeder Aufseher sein eigenes Süppchen und der Finanzmarkt verteilte nach eigenem Gusto die Zutaten in die nationalen Töpfe. Wie wir jetzt wissen, nicht besonders effizient. Es bildeten sich Blasen, einzelne Töpfe kochten über und man rief nach Auffanglösungen durch die Politik. Und mit Zypern hat sich nun ein weiteres Euro¬land in die Reihe derer gesellt, die sich bei einer Auffanglösung die Finger verbrannt haben.<br />Eine europäische Währungsunion und ein europäischer Finanzmarkt brauchen eine europäische Bankenunion. Eine Bankenunion mit einer europäischen Bankenaufsicht, die systemische Gefahren bekämpfen kann und systemrelevante, grenzüber¬schreitend tätige Institute direkt kontrolliert. Eine Bankenunion mit einem einheitlichen Abwicklungsregime, einer eigenständigen Abwicklungsbehörde und einem bankenfinanzierten Restrukturierungsfonds. Denn: Finanzminister sind keine Experten für Banken¬abwicklung - was sich in Zypern sehr eindrucks¬voll gezeigt hat. Und Steuerzahler sind nicht die Gläubiger der letzten Instanz.<br />Wichtig ist, dass dabei europäische Banken¬aufsicht und europäischer Abwicklungs-mechanismus Hand in Hand gehen, damit Kontrolle und Haftung zusammen bleiben. Ansonsten werden aus europäisch beaufsichtigten Banken im Krisenfall nationale Sanierungsfälle oder wie es Mervin King treffend ausdrückte: "Global in life, but national in death".<br />Entgegen falscher Behauptungen geht es bei der Bankenunion nicht um die Vergemeinschaftung von Schulden. Die hat Frau Merkel im Sommer letzten Jahres mit ihrer Zustimmung zur Direktrekapitalisierung von Banken eingeläutet. Im Gegenteil: Eine Bankenunion muss verhindern, dass aus Bankschulden Staatsschulden werden.<br />Es geht auch nicht darum, dass die Stadtsparkasse Bad Sachsa - mit einer Bilanzsumme von 127 Millionen Euro Schlusslicht in der Sparkassen Rangliste - oder die Kreissparkasse Düsseldorf jetzt für die Einlagen der spanischen Banco Santander oder der BNP Paribas garantiert.<br />Aber das Scheitern einer großen, systemrelevanten Bank darf nicht zu einer Gefahr für Sicherungs¬systeme, den Staatshaushalt oder die Stabilität der Eurozone werden.<br />Sicherungssysteme sind im Prinzip wie eine Seil¬gemeinschaft beim Klettern. Da muss man auch nicht alle, die denselben Berg besteigen ans gleiche Seil legen. Aber bei jeder Seilgemeinschaft muss klar sein, dass nicht ein Einzelner durch sein übermäßiges Gewicht die ganze Gemeinschaft mit in den Abgrund reißen kann. Das ist das Grund¬prinzip der Subsidiarität und das muss auch bei einer Bankenunion gewahrt bleiben.<br />Die Institutssicherungssysteme haben sich in der Vergangenheit für die Sparkassen und Genossen¬schaftsbanken bewährt und sollten daher auch in Zukunft einen Platz in den europäischen Sicherungssystemen haben. Aber für die Banken, die solche nationalen Sicherungssysteme oder nationale Restrukturierungsfonds überfordern würden, brauchen wir einen europäischen Fonds, der von den teilnehmenden Banken finanziert wird und nicht von den Steuerzahlern.<br />Denn machen wir uns nichts vor: Die großen, systemrelevanten Banken werden derzeit nicht so sehr durch bestehende Sicherungssysteme, sondern vor allem durch eine implizite Staatsgarantie geschützt. Sie gelten als Too-Big-to-fail, also: zu groß zum Scheitern. <br />Schätzungen beziffern den sich daraus ergebenden Zinsvorteil allein für die Deutsche Bank auf mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr. Das sind mehr als eine Milliarde an wettbewerbsverzerrenden Subventionen, die sich die Investmentbanker in London als Boni auszahlen!<br />Diesen Zinsvorteil müsste man einsammeln und damit einen tragfähigen Fonds aufbauen. Statt¬dessen gibt sich die Bundesregierung mit einem windigen Ablasshandel zufrieden: Statt einer Milliarde zahlt die Deutsche Bank nur rund hundert Millionen Euro.<br />Das Prinzip der Marktwirtschaft, dass Risiko und Haftung einhergehen, muss auch für system¬relevante Banken wieder gelten. Dies bringt mich zur zweiten Aufgabe, auf die ich näher

eingehen möchte: Die Trennung des Einlagengeschäfts vom Handelsgeschäft im Investmentbanking. <br />Unter dem Dach einer Non-Operating Holding Company soll eine Bank diese Geschäfte künftig in getrennten Töchtern betreiben, mit eigenem Vorstand, eigenem Kapital und eigener Bilanz. Zwischen den beiden Töchtern der Holding soll der Kapitaltransfer dann beschränkt und überwacht werden. <br />Durch diese Trennung wird erstens verhindert, dass spekulativer Eigenhandel mit Einlagen finanziert wird. Einlagen sollen der Realwirtschaft dienen und nicht als Erpessungspotenzial für staatliche Rettungsmaßnahmen.<br />Zweitens wird so auch die wettbewerbs¬verzerrende Subventionierung des Investment-banking beendet: Risiken werden dort sichtbar gemacht, wo sie entstanden sind und die Haftung für die Risiken findet dort statt, wo die Gewinne vereinnahmt wurden.<br />Und drittens erleichtert die Trennung, auch große Banken im Krisenfall abzuwickeln. <br />Als ich Ende September letzten Jahres meine Vorschläge vorstellte, war der Aufschrei groß. Einige schrien sogar schon, bevor ich meine Vorschläge öffentlich geäußert hatte.<br />Keine zwei Wochen später machte eine hoch¬rangige Expertengruppe der EU-Kommission unter Vorsitz von Erki Liikanen sehr ähnliche Vorschläge. <br />Ich will nicht verschweigen, dass ich ja gar nicht der Erste war, dem diese Idee gekommen ist. Ich verweise auf die Vorschläge der OECD, auf die Volcker-Rule in den USA oder die Maßnahmen der Vickers-Commission. Auch bei DSGV und BVR stand man einem Trennbankensystem zur Bekämpfung des "Too-big-to-fail" Problems noch Mitte letzten Jahres sehr aufgeschlossen gegenüber, bevor man sich dann einer gemeinsamen Position der "Deutschen Kreditwirtschaft" anschloss. <br />Mit langer Verzögerung hat nun die Bundes¬regierung einen eigenen Vorschlag vorgestellt: Einigen wenigen Banken sollen einige wenige Geschäfte ein wenig verboten werden. Ein Placebo im Wahlkampfjahr!<br />Der Gesetzesentwurf wimmelt vor Ausnahmen und Auslassungen. So wird beispielsweise keine klare Abgrenzung zwischen dem verbotenen Eigenhandel und weiterhin erlaubten Handels¬geschäften mit Kundenbezug aus dem Market-Making getroffen. Eine Grauzone die jeder halbwegs kompetente Investmentbanker nutzen wird, um die Verbote zu umgehen. Das Gesetz schafft einen zahnlosen Tiger, der schlimmstenfalls zum bürokratischen Monster wird.<br />Auch wenn ich in dieser kurzen Tour dHorizon nicht auf die anderen Aufgaben eingehen kann, sollte klar geworden sein: Es gibt noch viel zu tun. Nicht nur für die Politik, auch für den Banken¬sektor, darunter die Sparkassen und insbesondere die Landesbanken.<br />Mehr als zehn Jahre nach Wegfall der Gewähr¬trägerhaftung und rund fünf Jahre nachdem Länder und Kommunen rund 20 Milliarden Euro an Eigenkapitalhilfen aufwenden mussten, erscheint mir der Landesbankensektor als Ganzes noch immer nicht nachhaltig aufgestellt. <br />Der im Juni 2009 vereinbarte Konsolidierungs¬prozess im Landesbankensektor ist ins Stocken gekommen. Eine weitere Konsolidierung halte ich aber - auch angesichts der kommenden europäischen Reformen - für unerlässlich.<br />Ich ermuntere Sie daher nachdrücklich, die begonnenen Reformen weiter fortzusetzen. Denn es sollte auch in ihrem Interesse sein, die anstehenden Veränderungen aktiv anzugehen. <br />Lassen Sie mich zum Ende kommen. Im Laufe der Jahre wechselte die Krise mehrfach ihr Gesicht - von der Subprime-Krise über die Krise am Interbankenmarkt zur Eurokrise - und hat in den Bilanzen der Banken und der Staaten eine tiefe Spur der Verwüstung hinterlassen. Vor allem aber hat sie eines gekostet: Vertrauen. Und Vertrauen ist die wichtigste Münze für Politik und Bankgeschäfte. Und sie ist das Bindeglied der europäischen Gesellschaften.<br />Dieses Vertrauen gilt es zurück zu gewinnen. Deutschland braucht ein stabiles und leistungs¬fähiges Finanzsystem, das sich wieder auf seine Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft konzentriert. Deutschland braucht eine Politik, die sich ihrer Verantwortung stellt, die auch unangenehme Wahrheiten ausspricht und klare Antworten gibt. Lassen Sie uns den Wandel gemeinsam gestalten. Die Politik wird dabei den Taktstock führen, aber das Orchester, das sind Sie.<br />Vielen Dank<br /><br />SPD Bundesgeschäftsstelle<br />Wilhelmstraße 141<br />10963 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: 030 25991 0<br />Telefax: 030 28090-507<br />URL: http://www.spd.de <br /><img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=530433" width="1" height="1">

### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.) Zukunftsgerecht in EuropaGerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäische Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung.Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....